

**Merkblatt des
Vorprüfungsausschusses
"Fachanwalt für Sozialrecht" der
Rechtsanwaltskammer Köln**

1. Mitglieder des Vorprüfungsausschusses

Mitglieder:

1. Rechtsanwältin Adna Hadziresic, An den Markthallen 2, 53119 Bonn
2. Rechtsanwalt Roger Hans Kühn, Gertrudenstr. 24-28, 50667 Köln
3. Rechtsanwalt Marcus Welp, Falkenburgstr. 19, 50935 Köln

Stellvertretende Mitglieder:

Rechtsanwalt Arno Zurstraßen, Aachener Str. 197-199, 50931 Köln

2. Antragstellung

Der Antrag für die Erteilung zur Führung des Titels „Fachanwalt für Sozialrecht“ soll grundsätzlich in digitaler Form per beA erfolgen.

3. Zulassung als Rechtsanwalt

Voraussetzung für die Verleihung der Fachanwaltsbezeichnung ist eine dreijährige Zulassung und Tätigkeit als Rechtsanwalt innerhalb der letzten sechs Jahre vor der Antragstellung (§ 3 FAO).

4. Voraussetzungen für den Erwerb der Fachanwaltsbezeichnung

- a) Antrag auf Verleihung der Fachanwaltsbezeichnung „Fachanwalt für Sozialrecht“ per beA
(Antragsschreiben mit ausdrücklichem und unmissverständlichem Antrag auf Erteilung einer Fachanwaltserlaubnis)
- b) Nachweis einer mindestens dreijährigen Zulassung und Tätigkeit innerhalb der letzten sechs Jahre vor Antragstellung
- c) Nachweis der besonderen theoretischen Kenntnisse im Sozialrecht
- d) Nachweis der besonderen praktischen Erfahrungen im Sozialrecht

Für das Fachgebiet Sozialrecht sind besondere Kenntnisse nachzuweisen in den Bereichen:

1. allgemeines Sozialrecht einschließlich Verfahrensrecht,
2. besonderes Sozialrecht
 - a) Arbeitsförderungs- und Sozialversicherungsrecht (Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung)
 - b) Recht der sozialen Entschädigung,
 - c) Überblick über Familienlasten- und -leistungsausgleich, Familienleistungen und -hilfen,
 - d) Recht der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen,
 - e) Existenzsicherungsrecht (Grundsicherungs- und Sozialhilferecht, Wohngeldrecht),
 - f) Ausbildungsförderungsrecht.

5. Nachweis der besonderen theoretischen Kenntnisse (§ 6 FAO)

- a) Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an einem Fachanwaltslehrgang.

Der Nachweis muss Angaben enthalten, wann und von wem alle das Fachgebiet betreffenden Bereiche unterrichtet worden sind, § 6 Abs. 2 b FAO.

Ausnahme: Von der Teilnahme an einem Fachanwaltskurs kann nur abgesehen werden, wenn außerhalb eines Lehrgangstheoretische Kenntnisse erworben worden sind, die dem Inhalt eines Fachlehrgangs entsprechen (§ 4 Abs. 3 FAO). Hier werden strenge Anforderungen gestellt, Voraussetzungen sind entsprechende Nachweise (§ 6 Abs. 1 FAO). Es sind Zeugnisse, Bescheinigungen oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen.

- b) Beifügung der mindestens drei Aufsichtsarbeiten (der Aufgabentext und die Bearbeitung durch den Antragsteller) und ihre Bewertung, § 6 Abs. 2 lit. c FAO.

6. Nachweis der besonderen praktischen Erfahrungen (§ 5 FAO)

Der Erwerb besonderer praktischer Erfahrungen setzt voraus, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Antragstellung im Fachgebiet als Rechtsanwältin oder Rechtsanwalt persönlich und weisungsfrei bearbeitet hat:

60 Fälle aus mindestens drei der in § 11 Nr. 2 bestimmten Gebiete, davon mindestens 20 gerichtliche Verfahren.

Die Bearbeitung dieser Mandate muss in einer Weise dargestellt und belegt werden, die dem Vorprüfungsausschuss eine materielle Prüfung und Handhabung der Gewichtungsklausel (§ 5 letzter Satz FAO) ermöglicht. Dies erfordert Angaben, die zumindest im Sinne einer summarischen Vorbewertung zu beurteilen gestatten, welcher Art und Schwierigkeit die im Einzelfall zu lösenden Fragen waren und welchem der nach § 8 FAO maßgeblichen Teilbereiche sie zuzuordnen sind, die ferner möglichst genau erkennen lassen, welchen Aufwand anwaltlicher Tätigkeit die Bearbeitung des einzelnen Falles erfordert hat.

Im Rahmen der Gewichtung werden in der Regel einmalige Beratungen nur mit 0,5 Punkten bewertet. Fälle, in denen der Antragsteller sowohl im vorgerichtlichen als auch im gerichtlichen Verfahren bzw. im gerichtlichen Verfahren in mehreren Instanzen tätig war, werden im Rahmen der Gewichtung mit mehr als einem Punkt bewertet, jedoch zählt nicht jeder Verfahrensabschnitt als eigenständiger Fall.

Der Antragsteller hat die Richtigkeit aller tatsächlichen Angaben und die Tatsachen, dass die von ihm vorgelegten Arbeitsproben von ihm persönlich und weisungsfrei bearbeitet wurden und in einem Verfahren eingereicht worden sind, anwaltlich zu versichern. Auch Fälle von Syndikusanwälten, soweit die Bearbeitung persönlich und weisungsfrei erfolgt ist, werden angerechnet.

7. Fallliste (§ 6 Abs. 3 FAO)

Die Fallliste muss folgende Angaben enthalten:

- Eigenes Aktenzeichen und ggf. gerichtliches Aktenzeichen
- Gegenstand
- Zeitraum
- Art und Umfang der Tätigkeit
- Stand des Verfahrens

Daneben sollte die Fallliste noch folgende Angaben beinhalten:

- Laufende Nummer
- Kurzrubrum ggf. abgekürzt
- Teilbereich gem. § 5 S. 1 lit. d) i.V.m. § 11 Nr. 2 FAO

Wenn ein Fall sowohl im vorgerichtlichen als auch im gerichtlichen Verfahren bzw. im gerichtlichen Verfahren in mehreren Instanzen betrieben wurde, sollte dies bei der Angabe des Umfangs und der Tätigkeit gekennzeichnet und davon Abstand genommen werden, jede Instanz als gesonderten Fall aufzuführen.

Das Muster einer Fallliste ist als Anlage beigefügt.

8. Sonstiges

Antragsteller, die sich für die Zusammensetzung des zuständigen Vorprüfungsausschusses interessieren, sollten bereits mit dem Antrag um die entsprechende schriftliche Mitteilung nach § 22 Abs. 3 FAO bitten.

Die Verwaltungsgebühr beträgt gem. § 1 der Gebührenordnung für Fachanwaltschaftssachen der Rechtsanwaltskammer Köln: 400,00 €. Die Gebühr ist mit dem Antrag fällig.

Anlage: Muster Fallliste

1	2	3	4	5	6
Lfd. Nr.: Aktennr.: Aktenz.:	Rubrum	Teilbereich	Beginn Ende	Tätigkeit sachliche rechtliche Streitpunkte sowie und	Verfahrens- stand
01					
02					
03					